

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die Lebenshaltung...
Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 1990

Ergebnisse Gesetzliche Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Nr. 139

Montag, den 18. Juni 1923

18. Jahrgang

Der Kampf gegen eine Volksseuche.

Der Reichstag hat in diesen Tagen den Kampf um die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beraten. Ein der Vorlage der Regierung hatte der Ausschuss eine Reihe von Änderungen und Zusätzen vorgenommen, die aber nicht grundsätzlicher Natur sind. Die dem Regierungsentwurf zugrundeliegenden Reformideen sind im wesentlichen erhalten geblieben, und da das Gesetz im Ausschuss schließlich einstimmig angenommen wurde, so ergibt sich daraus, daß alle Parteien ernstlich beabsichtigen wollen, den hier gewiesenen Weg zu beschreiten, wenn auch in allen Parteien einzelne Bestimmungen des Gesetzes noch wie vor hart umstritten bleiben.

Man kann der Vorlage Strenge und Bagemut nicht abstreiten; es werden auf einem der schwierigsten Gebiete für Verwaltung und Gesetzgebung Wege eingeschlagen, die weit abführen von der bisherigen Behandlung der Materie. Drei Neuregelungen springen vor allem ins Auge: die Behandlung von Geschlechtskrankheiten soll nur nach approbierten Ärzten erlaubt werden; der Erkrankte soll die Pflicht haben, sich von einem solchen Arzt behandeln zu lassen; die bisherige Registrierung der Prostitution durch die Sittenpolizei soll abgelehrt und durch eine Aufsichtsbearbeitung seitens der Gesundheitsbehörden ersetzt werden.

Die erstgenannte Bestimmung, die Behandlung der Kranken lediglich durch approbierte Ärzte, hat einen Sturm der Entrüstung bei den Naturheilkundigen und ihren Anhängern hervorgerufen. Die Vorlage geht von der Erwägung aus, daß eine rechtzeitige und gründliche Behandlung der Kranken durch den Fortschritt der ärztlichen Wissenschaft neuerdings durchgreifende Heilerfolge herbeizuführen vermag, während eine Verschleppung oder unangemessene Behandlung von den fürchterlichen Folgen für den Betroffenen sein kann und außerdem die Gefahr der Ansteckung und Weiterverbreitung in sich birgt. Nirgends aber ist die Kurpfuscherei so verhängnisvoll tätig, wie auf diesem Gebiete; sie wird von dem demagogischen Bestreben vieler Erkrankter unterstützt, ihre Leiden möglichst geheimzuhalten. Es handelt sich aber letzten Endes bei der Bekämpfung der Krankheiten nicht so sehr um die Einzelpersönlichkeit; Staat und Gesellschaft haben ein brennendes Interesse daran, daß der Volksseuche durch rasche Heilung und durch vorbeugende Maßnahmen ein Stempel vorgeschoben werde. Von der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten sind im Ausschuss erschütternde Bilder gegeben worden, und keinesfalls kann es so weiter gehen, daß die Heilung dieser Krankheiten profligatorweise eine reine Verbrauchfrage der einzelnen Patienten bleibt; hier liegt ein wohlverstandenes Allgemeininteresse vor. Das Mandat der freien Heilung und Verschleppung, muß auch auf diesem Gebiete beseitigt werden, und Minister Deser hätte vollkommen recht, wenn er bei der zweiten Beratung des Gesetzes im Reichstage ausführt, bei dem gesetzgeberischen Vorgehen gegen die volkverderbende Seuche müsse das Recht der Allgemeinheit dem Recht der Einzelperson vorgezogen werden, die allgemeine Kurierfreiheit lasse sich mit dem Zweck des Gesetzes nicht vereinbaren. Aus diesen Gedanken heraus ist auch die jetzt noch so beliebte „Fernbehandlung“ im Gesetz verboten.

In logischer Verbindung mit dem Gesagten steht die unmittelbare Pflicht, sich vom Arzte behandeln zu lassen. Es sollen mit dieser Bestimmung der falschen Scham entgegen gearbeitet werden, die jetzt noch manche Kranke abhält, sich rechtzeitig dem Arzt zu erweiden; gerade die Frühbehandlung aber ist bekanntlich am ehesten geeignet, der Krankheit ihren verderblichen Charakter zu nehmen. Freilich kann es sich hier nur um eine Selbstpflicht handeln, nicht um eine bei Unterlassung strafbar zu machende Bestimmung. Zutreffend sagt die Begründung des Entwurfs, daß die Aufnahme einer Strafbestimmung bei nicht rechtzeitig erfolgter Inanspruchnahme des Arztes eine Quelle der schmerzhaftesten Angelegenheiten und Beschwerden werden könnte. Wichtig dagegen ist, daß Strafen festgesetzt sind für Personen, die in näher bezeichneten Fällen Handlungen begehen, die eine Weiterverbreitung der Krankheiten ermöglichen (z. B. die Eingekung einer Ehe). Eine dies vom Ausschuss aufgenommene (in der Regierungsvorlage nicht enthaltene) Bestimmung, wonach mit Geldstrafe oder mit Haft bestraft werden kann, „wer ein Kind für dessen Pflege zu sorgen hat, von einer anderen Person als der Mutter stillen läßt, ohne vorher einen Arzt zu Rate gezogen zu haben“, ist allerdings vielleicht insbesondere mit Rücksicht auf landliche Verhältnisse, auf Bedingungsgegenstände usw., wo ein Arzt nicht immer schnell zur Verfügung steht, etwas zu weit gezogen. Entwurf II ist also etwas aus demotivativen Initiativen hervorgegangenes Paragraf, wonach die Durchsetzung

der aus dem Gesetz erwachsenden hygienischen Aufgaben Gesundheitsbehörden zu übertragen ist, die sich mit den Pflichten und den Einrichtungen der sozialen Fürsorge im Einklang halten sollen.

Die Reglementierung der Prostitution hat sich in der Praxis als ungeeignet zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erwiesen, ebenso die Kasernierung. Auf diesem Gebiete werden daher von der Vorlage neue Wege beschritten, wie sie insbesondere schon in den skandinavischen Staaten eingeschlagen worden sind. Die Beschränkung auf gewisse Wohnungen oder auf bestimmte Straßen wird aufgehoben, dagegen soll als Maßregel in Zukunft die Unterhaltung von Bordellen gelten. Auf der anderen Seite können Personen, die krank oder verdächtig sind, die Krankheit weiter zu verbreiten, einem Geldverfahren unterworfen werden, auch unter Anwendung unmittelbaren Zwanges; harte Strafbestimmungen sind vorgesehen für Personen, die ihre Krankheit weiterverbreiten, obwohl sie ihr Vorhandensein kennen, oder den Umständen nach annehmen müssen. Im übrigen macht sich nur strafbar, wer öffentlich zur Unzucht auffordert oder sich in einer Sitte und Anstand verlegenden oder andere belästigenden Weise dazu anbietet. Im allgemeinen wird man hoffen dürfen, daß diese Bestimmungen des Gesetzes weiterverbreiteten Missständen entgegenwirken und das schlimme Uebel an der allein richtigen Stelle beseitigt werden: bei der Bekämpfung durch hygienische Maßnahmen und durch möglichst strenge Fernhaltung der Bevölkerung von den Bildern des Bordells.

Baldwins Programm.

Baldwin erklärte in einer Rede in Oxford, die Situation steht man heute in die Brüche gehen. Die gesamte Welt erhofft das Wohl vom britischen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn die Welt wieder aufgebaut werden soll, so muß Großbritannien dies tun. Die Männer, die Hand an die Werk legen, brauchen den Mut eines Pitt und den Glauben eines Lincoln. Wir wollen hoffen, daß jeder von uns sich zum Grundgesetz, an der Vollendung dieses Wertes mitzubehalten. (Ob diesen schönen Worten auch einmal die Tat folgen wird?)

Robert Cecil wünscht Eingreifen Englands.

Vord Robert Cecil erklärte in einer Rede in Liverpool, daß das ganze Kabinett und alle Parteien des Unterhauses einstimmig der Ansicht seien, daß England die Sache des Völkerbundes mit größtem Nachdruck zu fördern habe. Die wichtigste Aufgabe, die dem Völkerbund gestellt sei, bestehe darin, durch Verträge den Frieden zu sichern und den Abbau der Rüstungen herbeizuführen. Verträge zwischen festen Gruppen seien dazu der einzig geeignete Weg, denn kein Volk sei gewillt, sich in neue Kriege zu stürzen, um den Frieden zu sichern. — Deutschlands schwierige Lage zeige jetzt die erste Aussicht zur Besserung, indem es gelungen sei, Reparationsbesprechungen mit Frankreich in Gang zu bringen. Er hoffe, daß man nun endgültig das Stadium überwinden habe, wo England den Dingen ihren Lauf ließ und sich nur Beschränkungen hingab, was aus der verworrenen Lage werden könnte.

Charles Goussier für Entwaffnung der Rheinzone.

Nach einem Bericht der „Times“ aus New York tritt Oberst Goussier in der Zeitschrift „Foreign Office“ für die Entmilitarisierung der Rheinzone und für Gewährung einer Sicherheit durch Großbritannien und Italien an Frankreich von der Art, wie sie in Paris von Wilson und Lloyd George angeboten wurde, ein. Deutschland müsse in den Völkerbund aufgenommen werden und der Völkerbund müsse zusehen, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt.

Poincares Antwort an Belgien.

An amtlichen französischen Stellen wird bestätigt, daß Poincaré einen schriftlichen Entwurf für die Antwort auf den englischen Fragebogen nach Brüssel geschickt hat. Belgien wird jedenfalls erst nach Lösung der Krise zu dem französischen Antwortentwurf Stellung nehmen.

Neue Strafen gegen Zechendirektoren.

Vor dem Reichsgericht Offen sind weiterhin gegen eine Reihe von Zechendirektoren wegen Nichtlieferung von Kohlen folgende Strafen verhängt worden:

Generaldirektor Hein von der Gewerkschaft Hansbrosch in Offen-Rückersdorf zu 5 Jahren Gefängnis und 2,6 Millionen Francs, das sind rund 24 Milliarden Mark, Geldstrafe;

Bergwerksdirektor Feinrich von der Gewerkschaft Zollverein in Ratenberg zu 5 Jahren Gefängnis und 2 Millionen Francs (rund 40 Milliarden Mark) Geldstrafe;

Generaldirektor Winkler von der Rhein-Ressener Bergwerksverein in Alsenfeld zu 5 Jahren Gefängnis

und 2 Millionen Francs (rund 40 Milliarden Mark) Geldstrafe;

Bergwerksdirektor Rieckhoff von der Gewerkschaft Vereinigte Helene und Amalie in Bergedorf zu 5 Jahren Gefängnis und 42 Millionen Francs (rund 297 Milliarden Mark) Geldstrafe;

Bergwerksdirektor Randerb von den Mannesmann-Röhrenwerken, Abteilung Bergwerke Essen, zu 5 Jahren Gefängnis und 80 Millionen Francs (rund 200 Milliarden Mark) Geldstrafe.

Sämtliche Strafen wurden in Abwesenheit der Angeklagten verhängt.

Görges hat gegen sein Todesurteil Revision eingelegt.

Wie das „Echo de Paris“ berichtet, hat der vom Kriegsgericht in Mainz zum Tode verurteilte Landwirtschaftslehrer Görges gegen das Urteil Revision eingelegt. — Aus Mainz wird noch folgendes gemeldet: Es sei nochmals festgestellt, daß das Geständnis Görges infolge des durch die Weberschen Drangsalierungen eingetretenen Nervenzusammenbruchs erfolgte. Die zwei deutschen Zeugen, die das Urteil von Görges einwandfrei nachweisen konnten, sind von dem französischen Kriegsgericht in Mainz nicht vernommen worden. Der Bruder von Görges wurde von dem Verhandlungstermin so spät benachrichtigt, daß er nicht mehr rechtzeitig in Mainz eintreffen konnte.

Belagerungszustand in allen Kreisen am Rhein.

Ueber den dem Kreis Köln benachbarten Kreis GutsMuthen ist nunmehr ebenfalls der Belagerungszustand verhängt worden, so daß dieser wieder auf alle Kreise, die am Rhein liegen, ausgedehnt ist. Infolge des Belagerungszustandes im Landkreis Bonn dürfen die Rheinbänder nicht mehr an den Städten des Siebenbürgers ansetzen, sondern nur noch indirekt, also in Bonn und Remagen.

Der Dorimunder Reichskommissar ausquartiert.

Die Franzosen haben das Reichs- und Staatskommissariat in Dortmund besetzt und den Leiter, Reichs- und Staatskommissar Wehlich, ausquartiert. Wehlich war in seiner Stellung der Nachfolger des letzten preussischen Innenministers Severing. In Dortmund ist der verstärkte Belagerungszustand aufgehoben worden. Polische Horden und Schwärze, ferner polische Horden und Anna haben die Franzosen die Eisenbahnhöfen aufzuerichten. Bei sämtlichen Dienststellen der besetzten Bahnhöfe Lutzburg und Weiden ist die bisherige französische Besatzung durch belgisches Personal abgelöst worden.

Belgische Soldaten.

Am 27. Mai wurde der bei dem Hauptquartier Emmerich-Guiver beschäftigte Oberpostsekretär Streckmann bei Ausübung seines Dienstes von belgischen Soldaten verdrängt, mit Fußritten traktiert und schließlich schwer verletzt verhaftet. Auf einen Emmericher Bürger, der dem auf der Straße liegenden, aus mehreren Wunden blutenden Streckmann Hilfe bringen wollte, gaben die Soldaten mehrere Schüsse ab, die ihn ebenfalls schwer verletzten. Streckmann wurde in das Gefängnis in Krefeld eingeliefert.

Ein bedeutsames Schreiben.

„D. M. S.“ teilt folgendes mit: Wir erhalten Kenntnis von dem folgenden Schreiben:

Regie des Chemins de fer des Territoires occupés,
Direction Française de Cologne,
Inspection de Neuss.

Neuss, le 31 Mai 1923.

An die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverwaltung Berlin, Potsdamer Bahnhof.

Es sind in der letzten Zeit verschiedene deutsche Firmen (I) des altbesetzten Gebietes an uns mit dem Ersuchen herangetreten, die Bekläme in den Bahnhöfen des hiesigen Bezirkes zu gestalten. Wir haben uns grundsätzlich dazu bereit erklärt, sind aber nicht über die Bedingungen orientiert, unter welchen die einstige (I) deutsche Verwaltung die Zulassung zu dieser Bekläme in den Bahnhöfen genehmigt hat. Wir bitten Sie deshalb, uns im Interesse dieser deutschen Firmen zu Bergleiche bzw. Informationszwecken ein Formular eines derartigen Kontrattes bzw. nähere Auskunft gütigst umgeben zukommen zu lassen. Da die Angelegenheit eilt, erbitten wir baldige Erledigung.

Ihre Antwort wollen Sie adressieren an:

Monsieur Rollin,
Commandant militaire de la gare de Neuss,
L'Inspecteur Divisionnaire
(Unterchrift unleserlich).

Ein lehrreiches Beispiel! Das der „Commandant militaire de la gare de Neuss“ von der „einstigen“ deut-

plele.
Ehe
AG
sterben
Vortrag
Br. Neef
Hotel
ng.
5 Uhr
Ader
reitag
auf von
Ladfarben
Bauer
668.
Kiel
alle
zie
meh!
lehlt
uner.

ihren Verwaltungsricht, kennzeichnet deutlich, wie sich die Franzosen heute schon als die Herren des von ihnen wider alles Recht besetzten Ruhrgebietes fühlen und danach handeln. Das das Schreiben in kaufmännisch völkisch korrektem Deutsch abgefaßt ist, war man bei einem Franzosen nicht ohne weiteres voraussetzen kann. Beweist, daß die gegenwärtigen Herren an der Ruhr leider Helferhelfer an der Ruhr haben, die jedenfalls von keiner französischen Mutter geboren wurde. Beschämend aber ist, daß „deutsche“ Firmen französische Einbrecher zum Reklame anbeteln.

Vertrauensvotum für Poincare.

Die Kammermehrheit, die dem Kabinett Poincare ihr Vertrauen ausgesprochen hat, zählt 256 Abgeordnete gegen 162 bei 40 Stimmenthaltungen. Die Mehrheit umfasst den gesamten rechten Flügel des republikanischen Zentrums mit Ausnahme von vier Abgeordneten, die sich aus persönlichen Gründen der Abstimmung enthalten haben, ferner die meisten Vertreter des linken Zentrumsflügels, die 23 Mitglieder der monarchistischen Rechten, die trotz der Abgabe Poincares aus taktischen Gründen für die Regierung gestimmt haben, ein Dutzend Radikale und 10 Mitglieder der sozialistisch-republikanischen Fraktion, von der 14 Mitglieder gegen das Kabinett gestimmt haben, während sieben, darunter Briand, sich der Abstimmung enthalten. Gegen die Regierung stimmten außer den Kommunisten und Sozialisten die meisten Radikalen mit ihren Führern Herriot und Poincaré sowie die Minderheit des linken Zentrumsflügels, darunter 11 Mitglieder der 88 Mann starken demokratischen Linken, von der sich 15 Mitglieder der Abstimmung enthalten haben. Von den vier Elementen, die verschiedenen Fraktionen angehören, stimmten Tardieu und Mandel gegen das Kabinett, während Ignace und Klotz sich der Abstimmung enthalten.

Poincares Kammerrede.

Poincaré setzte sich in längerer Rede mit den Interpellanten auseinander. Der allgemeine Inhalt seiner Rede war eine deutliche Abgabe an die gesamte Linke. Die Regierung, sagte er, habe nichts gegen extreme Politiker im Hause, doch ziehe sie es vor, daß diese in der Opposition seien. Weiterhin erklärte Poincaré, daß die innere Politik Frankreichs sich den Forderungen der auswärtigen Politik anpassen müsse. Er hat die Mehrheit, ihn zu unterstützen und sich nicht von dem gewissen Gerede einer Wählerverbrüderung betören zu lassen. Wenn ich heute gestützt werden sollte, so brauche man in Berlin darüber keine Freude zu empfinden, denn die Regierung, die mein Nachfolger übernehmen würde, müßte meine auswärtige Politik fortsetzen. Die deutsche Regierung ermutige die Mord- und Sabotageakte und fordere Frankreich durch lächerliche Vorschläge heraus. (1) Deshalb sei man gezwungen, den Druck zu verstärken und zu verlängern. Die äußere Politik werde also noch eine Zeitlang die Fragen der inneren Politik beherrschen. Frankreich müsse weiterhin an die Reorganisation seiner Finanzen denken und seine Produktion verstärken. Frankreich habe also sein Werk der Gerechtigkeit noch nicht vollendet. Western habe sein moralisches und materielles Leben auf dem Spiele gestanden, heute sei sein wirtschaftliches und finanzielles Leben bedroht, morgen werde vielleicht seine ganze Existenz bedroht sein. Müsse da also die äußere Politik nicht vollkommen die innere Politik beherrschen? Man müsse von der Mehrheit verlangen, daß sie die Wiederherstellung Frankreichs und eines wirklichen Friedens (1) nicht aus den Augen verliere, und zwar durch Aufrechterhaltung der Allianzen. Wenn die Mehrheit diese Politik unterstützen wolle, sei die Regierung bereit, ihr zu folgen.

Die Interpellation über die französische Ruhrpolitik.

Als erster Redner ergreift der Abgeordnete Dbarne-garey das Wort, um seine Interpellation zu begründen. Er erklärte, wenn es in dieser Kammer eine links-rechts Mehrheit gäbe, glaube er bestimmt nicht, daß Frankreich jemals in das Ruhrgebiet eingedrückt würde. Wenn morgen eine links-rechts Mehrheit gebildet würde, glaube er nicht, daß Frankreich noch lange im Ruhrgebiet bleiben werde. Wenn die Regierung die Kapitulation Deutschlands wolle, warum unterstütze sie nicht mit ihrer ganzen Autorität die Männer, die bei der Ruhrbesetzung mitgeholfen hätten und die sie nicht bekämpfen? Warum gehe man nicht gegen die Politiker vor, die, wenn sie zur Macht emporsteigen, nichts Gutes zu tun hätten, als das Werk der Regierung zu zerstören? Der Abgeordnete geht alsdann auf die Frage über die Angriffe der Camelots du Rot über. Der Feldzug, der im ganzen Lande gegen den nationalen Block geführt werde, dürfe nicht gebildet werden. Alles, was an Schlimmem geschehe, werde dem nationalen Block zugeschoben. Wenn Deutschland nicht bezahle, so sei das der Fehler des nationalen Blocks. Viele Neuerungen des Abgeordneten finden starken Widerspruch bei den Sozialisten. Der Abgeordnete bespricht alsdann verschiedene Fragen der Ruhrpolitik, namentlich die Frage ob es den Beamten gestattet sein könne, sich zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele zu organisieren. Der Abgeordnete erinnerte daran, daß der Ministerpräsident vielleicht in einigen Monaten den Burgfrieden gebrochen werde.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung ergreift der zweite Interpellant Abg. Besset das Wort und geht zu Beginn seiner Ausführungen auf die Ruhrbesetzung ein. Sie habe sich als notwendig erwiesen, weil sonst der französische Steuerzahler durch die Steuern niedergedrückt worden wäre. Die verschiedenen Zwischenfälle im Ruhrgebiet seien auf die Haltung der deutschen Regierung zurückzuführen. Schließlich ergreift sich der Abgeordnete in Besprechungen über die Steuerpolitik. Im Interesse des Landes dürfe die Uneinigkeit nicht vergrößert werden. Im Hinblick auf Deutschland könnten seine Freunde sich nicht dem Block der Linken anschließen. Die Haltung der Linken in der Ruhrfrage sei unzufrieden. In Deutschland aber stehe die gesamte Sozialdemokratie hinter dem Reichsfinanzler. — Nach dieser Rede sprach Poincaré, dessen Rede sich das Vertrauensvotum der Kammer angeschlossen.

Kleine politische Meldungen.

Deutsch-serbisches Abkommen. Nach einer Nachricht aus Belgrad ist das deutsch-serbische Abkommen, betreffend Reparationslieferungen, jetzt unterfertigt worden. Die Belgrader Regierung hat sich in Anbetracht der schwierigen Lage, in der sich Deutschland befindet, bereit erklärt, an Stelle von Vieh Maschinen und Eisenbahnmaterial anzunehmen.

Sitzung des Haager Schiedsgerichts. Als Vertreter des deutschen Reiches für die mündlichen Verhandlungen vor dem ständigen internationalen Schiedsgericht in Haag, der auf Verlangen der alliierten Mächte festsetzen soll, ob Deutschland berechtigt gewesen ist, im russisch-polnischen Krieg 1920/21 alliierten Dampfern mit Munitionsladung die Durchfahrt durch den Nordostkanal zu versagen, sind Reichsminister a. D. Schiffer und Gesundheitsrat Martin bestellt worden. Als Ergänzungsrichter mit den gleichen Rechten wie die ständigen Richter ist von der Reichsregierung Professor Dr. Walter Schilling ernannt worden. Diese Untersuchung, die die Alliierten da beantragen haben, ist die Höhe der Frechheit. Nach dem Aufbruch, nach den Vergewaltigungen der Franzosen fragt kein Mensch.

Die belgische Streife ungelöst. Die belgische Ministerstreife ist noch nicht gelöst. In Pariser amtlicher Kreisen erklärt man, es sei keine Voraussetzung darüber möglich, wann und wie die Krise gelöst werden wird. Die Schwierigkeiten, die überwunden werden müßten, seien sehr groß. Die Brüsseler Mel-

dung des „Matin“, nach der mit einem sozialistischen Kabinett und mit einem üblichen Ausschleiden Belgiens aus der Entente zu rechnen wäre, wird am Quai d'Orsay als „stark übertrieben“ bezeichnet.

Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Portugal. „Journal Industriel“ stellt fest, daß das provisorische Handelsabkommen zwischen Frankreich und Portugal abgelaufen ist, so daß die beiden Länder sich im Zustand des Abbruchs der wirtschaftlichen Beziehungen befinden.

Odeffa soll Freihafen werden. Die bolschewistische Presse berichtet, daß geplant werde, in Odeffa einen Freihafen zu gründen. Angeblich ist diese Maßnahme nur vorübergehend gedacht. Der Freihafen soll in der Weise organisiert werden, daß ein Konsortium, an dem eine Reihe staatlicher Betriebe die an der Seeschifffahrt interessiert sind, die Leitung des Freihafens übernimmt. Gleichzeitig betont jedoch die bolschewistische Presse, daß das Außenhandelsmonopol des Volkskommissariats für Außenhandel vollkommen gewahrt bleiben wird und die nach Odeffa eingeführten Waren nach wie vor der Kontrolle des genannten Volkskommissariats unterliegen werden.

Die Toten von Genoa. Eine nachdenkliche Zusammenstellung finden wir in der „V. B. am Mittag“. Von den Teilnehmern der festfreundigen Genoa-Konferenz sind inzwischen nicht weniger als fünf eines gewaltsamen Todes gestorben. Ernordet wurden Walther Rathenau, der polnische Minister Karutowicz, der russische Gesandte Woronoff, Stingerich der griechische Ministerpräsident Sunaris und „auf der Flucht erschossen“ der bulgarische Ministerpräsident Stambouloff. Die beteiligten Vertreter der Weltmächte sind zwar alle noch am Leben, aber kaum einer ist inzwischen nicht gestürzt worden.

Von Stadt und Land.

Am 18. Juni.

Bezugspreisfestsetzung. Die Verhältnisse auf dem Warenmarkt überstürzen sich, und es ist nicht abzusehen, was am nächsten Tag geschieht, viel weniger ist am Anfang des Monats zu erblicken, was am Ende des Monats geschehen ist. Es macht sich deshalb für die Folge die Vorausbestimmung des Bezugspreises unmöglich, und wir müssen am Schlusse eines jeden Monats den jeweils zu errechnenden niedrigsten Bezugspreis erheben. Wir bitten unsere geschätzte Leserschaft, hiervon Kenntnis zu nehmen. Hiernach kommt auch der für den Monat Juni angekündigte Bezugspreis außer Betracht.

Nordischer Sommer. Es regnet, regnet immer wieder. — Alle die bunten Farben, die wir während einer ersten langen häßlichen Winterzeit ersehnten und die uns nun der Sommer bringen sollte, sie verbleichen unter dem grauen Himmel, in den Nebelschwaden, die an den Bergen entlang stehen, in Dunst und Rauch, die in der feuchten Luft doppelt lange stehen bleiben. Jeder Tag bringt dasselbe trostlose Bild — Sonnenlosigkeit, Trübe und Schmutz, wie ein Symbol der Welt. Jemandem, weit, weit weg von uns liegen Länder, wo das Licht herrscht in aller Grotzkartigkeit, wo die Sonne scheint und Jagden hervorzaubert, wo die warme Luft Schmelz und milde macht, aber wie weit ist es bis dahin? Unser ganzer Segen sind graue Regentage, in deren kalter Einsamkeit das Herz feststand erschauert, als läge alles Licht im Sterben.

Der ganze Tag ein Dämmern, aber nicht jener Dämmerung, da es aus Busch und Wald wie eine geheimnisvolle Musik voll tiefen Ernstes ertönt — nein, eine Dämmerung so voll erbarungsloser Debe, ein graues, jammervoll schmutziges Halbrot-Schwarz und Nicht-leben-wollen, daß Wunsch und Hoffnung davor hinwegweilen, wie Pflanzen, denen Angeleiser die Wurzeln fraß.

Dann scheint einmal die Sonne — durch Wolkenlücken. Für kurze Zeit leben die Farben voll auf, aber nur für kurze Zeit. Nur zu bald wird der Himmel wieder trübe, die Wolken verlieren ihre feste Form .. Kälte .. Frösteln .. Regen .. Es bleibt beim Regen.

Tag auf Tag vergeht. Der Höchststand der Sonne ist nahezu erreicht. Wir haben gewartet und gehofft und schließlich warten und hoffen wir weiter. Es bleibt uns ja nichts Anderes übrig! Ob aber dadurch der nordische Sommer anders wird?

Eppelein von Gailingen.

Von Franz Trautmann.

(12. Fortsetzung.)

Kann sich jeder denken, was Schrecken und Verwirrung den Elias ergriff, als er erkannte, daß der Jonathan und all seine Habe von sei. Er jammerie laut, aber das half nichts. Der gleichende Wolf gab ihm einen Schlag mit der Klauen Klinge, daß er laut aufschrie und schnell zu Pferd stieg. Wolf von Wurmstein schwang sich gleichfalls auf, hob den Elias auf den Rücken des Rosses und jagte mit ihm fort. Hinter ihm drein vier Knaben, die waren auch hinter dem Gedächtnis gewesen. Da der Elias zu Gailingen ankam, war er halbtot und wie geräbert.

„Guten Tag, wie sieht's mit der Gesundheit?“ rief Eppelein, der im Hof unter seinen Freunden beim Nachgelage saß. „It's wahr, daß sie dich nicht bezahlt haben und du das Kaufgeld wieder herausgeben müßtest? Gar haben sie dich sechs Monate eingesperrt und Urtel's hast du geschworen? Et, eil! Hol' sie der Teufel das ist ja ein unarmherziges Volk! Nun sollst du sehen, wie viel anders ich bin! Du hast mich wohl nicht gut traktiert und mich verraten. Aber ich will dir helfen, dich an den Nürnbergern zu rächen. Jetzt seh' dich vorerst haßer, du bist zu Tisch geladen. So da, herein mit dem Schweinefleisch!“

Da fiel der Elias auf die Knie nieder und rief: „Wann ich soll essen Schweinefleisch, wär' ich doch verflucht, also will ich lieber essen kein Schweinefleisch und sterben, als ich dann bin nicht verflucht!“

„Das gefällt mir!“ sagte Eppelein. „Du sollst kein Schweinefleisch essen. Aber die Nürnberger wollen wir töönnen. So da, her mit dem Eber!“

Da ward an vier Stricken ein furchtbarer Eber herausgehohlet und in kurzer Zeit war der Elias hinausgeschunden. 's müßt einem das Herz brechen, solch' rauhe Tat zu beschreiben, aber 's war nicht anders

Ein grauenvolles Gelächter schlugen die Teufelsgefallen auf, da der Elias auf dem Eber saß. Der Eppelein aber rief: „So, jetzt magst du dich rächen an den Nürnbergern und sie verhöhnen, red' dich nur auf mich aus! Ich geb' dir ein Schreiben an den Rat mit, das hat mein Gefelmkreiber verfaßt!“ Er hing ihm eine Urkunde um den Hals.

Der Elias hörte verzweifelt um Hilfe und Gnad', aber da waren taube Ohren. Die Sache nahm ihren Verlauf. Mit großem Trost zog Eppelein aus und der Elias wurde mitgeführt. Das Volk strömte zu von allen Seiten, die zu Nürnbergern ahnten aber noch lange nichts. Als nun zuerst die Kunde erscholl, Eppelein ziehe heran, rüsteten sie sich, um ihm entgegenzuziehen.

Das dachte Eppelein wohl. Drum ließ er ihnen sagen, sie müßten ihn nicht angreifen, denn er greife sie auch nicht an, müßt' ihnen auch nichts helfen, weil ihrer zu wenig und die meisten in fremder Fehde begriffen seien. Also geb' er sein Wort, wieder abzugleichen, er wolle weiter nichts, als eine Kurzweil aben. drauf geb' er sein Ritterwort!

Da nun die Nürnbergern dies vernahmen, konnten sie nicht begreifen, was Eppelein wollte, stellten sich aber gleichwohl vor dem Tor auf und erwarteten ihn. Als er aber nun auf eine Strecke da war, wo die Straße gerade ins Tor führte, ließ er Halt machen, die Scharen stoffneten sich, daß der Elias sichtbar wurde, die Knechte ließen den Eber los, und der fuhr wie wütend, den Elias auf dem Rücken, dem Tore zu, unter wildem Gelächter und Geschrei von Feind' und Freund' in die Stadt. Nun drängte sich alles hinein, das Stadttor ward verberst Eppelein und die Seinigen lachten und höhnten wild auf, ließen in die Trompeten stoßen und machten links um.

V.

Um diese Zeit kam dem Eppelein das Heiraten an, und da der Wurmsteiner eine Schwester hatte, die schön, lustig und sonst hoch gemutet war, nahm sich Eppelein vor, sie zur Frau zu begehren. Als er sie nun fragen

ließ, ob sie geneigt sei, war die Antwort: „Er gefiele ihr allerwegen, sie wolle ihm auch sein bisheriges Leben nicht verargen, aber nunmehr müßt' er's aufgeben, denn sie sei doch keinen Tag sicher, er müßte umkommen und sie zur Witwe machen. Er sollte also von seinen Abenteuern ablassen und vor allem mit den Nürnbergern Frieden machen. Die ließen ihm ja wohl gerne, was er ihnen abgenommen, wenn sie nur für die Zukunft sicher wären. Wenn er ihr nun bewiese, daß er mit dem Frieden Ernst meine, so sei weiter nichts im Wege.“

Da sagte Eppelein lachend zu ihrem Bruder, der ihm die Nachricht brachte: „Da steht man die Welber! Mein Ruhm gefällt ihr, jetzt aber soll ich von meinen Taten ablassen, als ob ich dann noch den Ruhm behielte, wegen dessen sie mir geneigt ist. Was bin ich und was hilft mir alles, wenn ich zum Vamm werde? Der Hofn des Volkes wird mir und das Schlimmste steht mir bevor! So denkst du wohl auch? Nun hilft nichts, als daß ich lustigen Schimbi mach und ein Rechen schaff, als seien die zu Nürnbergern mir geneigt geworden und als gäben sie mir ein Hochzeitsgeschenk. Glaub' sie's, it's gut, wo nicht, so hab' ich meinen Kopf und laß sie fahren.“

Sagte der Wolf, „Es würde es kaum glauben. Er müßt' aber nur tun, was er vorhab.“

Da schickte Eppelein ein Schreiben ab, das brachte ein Bauer nach Nürnberg, den Inhalt hatte die Kunde wohl vernommen.

Als nun die Rathsherrn den Brief öffneten, fand sich darin, was folgt:

„Ehrenhaft wohlwelle, wohlgelahrte Herren des Rats, geliebte Freunde! Weil ich heiraten will, und meine Braut verlangt, daß ich mit Euch Frieden mach, so will ich das wohl tun. Müßt' also verzeihen, was geschehen und besser Zukunft entgegensehen. Nun aber müßt' ich, daß ihr mir ein Rechen Eurer Guild gebt. Will also in vier Tagen kommen, und so ihr mir eine Brautgabe heruschickt, daß ich meiner Braut Willen

...Kabinet
...vertrieben
...Frank-
...das
...und Por-
...Aufstand
...indem.
...Presse
...aufzu
...übergehe
...werden,
...Betriebe
...des Frei-
...Wohlfahrts-
...Bolschewi-
...werden
...vor der
...egen wer-
...zusammen-
...den Teil-
...zwischen
...gestanden.
...Minister
...ingerichtet
...Flucht
...ambulanti.
...alle noch
...at worden.
...Juni.
...Waren-
...was am
...des Mo-
...schen ist.
...Bestimmung
...in Schlüsse
...niedrigsten
...Wohlfahrt,
...der für
...Betracht
...wieder.
...An langen
...Sommer
...Dimmel,
...gesehen, in
...Zeit lange
...Bild
...der Zeit.
...änder, wo
...scheint
...eigelt und
...berer fal-
...läge alles
...Dämmer-
...innige
...Dämme-
...ammervoll
...Wunsch
...en Ange-
...uden. Für
...kurze Zeit.
...offen ver-
...Reyen.
...Sonne ist
...schlech-
...in nicht
...immer an-
...e.
...er gefiele
...rige Be-
...aufgeben.
...umfome-
...also von
...mit den
...ja wohl
...er für die
...iefe, daß
...er nächst
...ader, der
...Welber!
...meinen
...zum be-
...bin ich
...werde?
...schlimmste
...nun hilft
...ein Re-
...neigt ge-
...gelshent.
...meinen
...ben. Er
...brachte
...ie Kunit-
...en, fand
...ren des
...ill, und
...es mach-
...en, was
...nun aber
...ld geht.
...mit eine
...Billen

Rein Lohnanspruch arbeitswilliger Arbeiter bei Arbeitsausfall infolge Streik. Vielfach freizulassen eine Abweisung des Betriebes, macht dadurch aber auch das Weiterarbeiten der Arbeiter nicht am Streik beteiligten Abteilungen unmöglich. Die arbeitswilligen Arbeitnehmer erheben dann trotz der Unmöglichkeit, den Betrieb aufrecht zu erhalten, Lohnansprüche. Die arbeitswilligen Arbeitnehmer haben bisher unter Berufung auf Paragraph 616 BGB. die Entlohnung für die ausfallende Zeit verlangt und bei den gerichtlichen Auseinandersetzungen häufig auch obsiegende Urteile erreicht. Durch ein Reichsgerichtsurteil vom 6. Februar 1923 ist nunmehr aber festgestellt, daß derartige Ansprüche nicht berechtigt sind. Die entgegengeleiteten vorinstanzlichen Entscheidungen wurden aufgehoben. Das Urteil wird mit der Umgestaltung des Arbeitsrechts nach sozialen Gesichtspunkten begründet und ausdrücklich anerkannt, daß die Arbeitgeber in jedem Fall das Recht haben, Arbeitnehmerforderungen abzulehnen. Die Gerichte hätten nicht zu prüfen, ob dem Arbeitgeber die Bewilligung möglich sei.

Goldankaufpreis. Ein Zwanzigmarskstück = 350000 Mark. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum Preise von 850 000 Mark für ein Zwanzigmarskstück, 175 000 Mark für ein Zehnmarskstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbankmünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 700fachen Betrage des Nennwertes.

Kraftpost Hschorlau-Aue. Ergänzung. Zu dem Fahrplan der Autobusverbindungslinie Hschorlau-Aue werden uns folgende Ergänzungen gemeldet: Die Linien Hschorlau-Aue 5.23 früh—5.58 sowie Aue-Hschorlau 6.50—7.26 verkehren nur an Wochentagen. Sonntags fährt das Auto 7.15 in Hschorlau ab, ist 7.48 in Aue, fährt 8.05 zurück und ist 8.37 wieder in Hschorlau. Die Endstation in Hschorlau ist der Bahnhof zum No 8, nicht Hirsch, wie der erste Fahrplan verzeichnet.

Reichstagung des Textil-Einzelhandels in Dresden. Am 10. und 20. Juni d. J. veranstaltet der Reichsbund des Textil-Einzelhandels seine Haupttagung in Dresden. Der Verband umfasst die überwiegende Mehrzahl der Textil-Einzelhändler aller Branchen im Gebiet des Deutschen Reiches. Den Vorsitz führt Rudolf Herzog, Berlin, das geschäftsführende Vorstandsmitglied ist Dr. Deitte, Berlin. Der Reichsbund des Textil-Einzelhandels ist in Landesverbände eingeteilt. Für das Gebiet des Freistaates Sachsen besteht der Landesverein Sachsen des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels, dessen Vorsitzender Handelsrichter Gustav Heinrich, Dresden, ist; Syndikus ist Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Kastner. Die Tagung steht am 10. Juni eine Sitzung des Ausschusses und des Gesamt-Vorstandes vor, die zu Organisationsfragen Stellung nehmen wird, während am 20. Juni die ordentliche Mitgliederversammlung im Großen Saal der Dresdener Kaufmannschaft stattfindet, in der Dr. Deitte, Berlin, den Geschäftsbericht erstatten wird. Landtagsabgeordneter Professor Dr. Kastner wird einen Vortrag halten über die Bezirksvereine und Ortsgruppen im Reichsbund des Textil-Einzelhandels und Rechtsanwalt und Notar Schrader, der Geschäftsführer der Treuhänderstelle für die Bezirksvereine im Reichsbund des Textil-Einzelhandels, G. m. b. H., Berlin, über das Problem der Gesellschafterhaftung und das Privatsteuerrecht. Ferner wird ein Fachmann über die Kartell- und Konditionsfragen im Textil-Gewerbe sprechen. Die Tagung wird von fehrlichen Veranstaltungen umrahmt werden, die mit Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage allerdings nur einen bescheidenen Charakter tragen werden.

Ein ganz Schlauer. Eine für den Kleinhandel nicht unwichtige Entscheidung wurde durch ein Urteil des Schöffengerichts in Witten gegen einen dortigen Materialwarenhändler getroffen. Der Angeklagte hatte Utensilien von Kornfrankpackungen und ähnlichen Warenpackungen zur Schmückung seines Schaufensters verwendet, ohne sie mit Preistafeln zu versehen. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß nur Waren selbst der Auszeichnungspflicht unterliegen, nicht aber leere Packungen. Das Gericht hielt ihn außer Verfolgung, indem es ihm den Schutz der Irrtumsklausel zubilligte, nahm in der Begründung des Urteils jedoch grundsätzlich den Standpunkt ein, daß Utensilien für Waren, die mit Preis nach den geltenden

den Bestimmungen zu versehen seien, ausgezeichnet werden müßten. Denn der wahre Sinn der hieraus resultierenden Bestimmungen gehe nicht nur daraus hinaus, dem Publikum bekannt zu geben, was in dem betreffenden Geschäft zu haben sei, sondern in der Hauptsache doch auch darauf, zu welchem Preise die Ware erhältlich sei. Durch diese klare Stellungnahme dürften die bestehenden Zweifel endgültig behoben werden. Also: auch Schaufensterattrappen sind auszeichnungspflichtig!

Schneeberg. Aus der Stadtverordnetenversammlung. Ein Schreiben des staatlichen Blauschwarzwerks Oberschlema, in dem sich dessen Direktion gegen die in der letzten Sitzung zur Sprache gebrachten Neuerungen, sie nehme keine Schneeberger Arbeiter mehr an, weil die Stadt an das Werk kein Gelände verkauft habe, verwahrt, kommt zur Kenntnis. Die Schaffung eines weiteren Straßenzuges zur eventuellen Entlastung der Jwldauer Straße vom Schlachthof nach der Brauerei stimmt man im Prinzip zu. Zur Unterstützung von Schülern an der hiesigen höheren Lehranstalt werden 250 000 Mark genehmigt. Der Städtische Sportplatz am Schützenheim wird den bisherigen Vertragskontrahenten unter den bisherigen Bedingungen weiter überlassen. Angestimmt wird dem Abbruch eines Gasbehälters und der mäßigen Beschaffung einer Benzolgewinnungsanlage am städtischen Gaswerk. Den Ankauf des Wehnerschen Grundstücks auf dem Drahtkopf zum Preise von 8 Millionen stimmt man zu, nachdem Vertreter der Bürgerlichen anfänglich dem Kauf nur bedingungsweise zustimmen wollten. Die Besoldung des Stadtarztes wird auf 200 000 Mark im Jahre festgesetzt. Bürgermeister Dr. Kleeberg macht die Mitteilung, daß zwei Kaufleute für die Aktien unserer Stadt 2 Millionen zur Verfügung gestellt haben und daß aus Amerika weitere 870 000 Mark für die Altershilfe eingegangen sind.

Jwldau. Das Explosionsunglück auf Wilhelmstraße 2. Zu der Meldung, die wir am Sonnabend brachten, können wir noch folgendes mitteilen: Auf dem auf Reinsdorfer Platz gelegenen zweiten Wilhelmstraße erfolgte Freitag vormittag die Explosion des sogenannten Kompressor, einer Kesselanlage, die dem Zweck dient, Luft in den Schacht hinabzubringen. Auf noch unaufgeklärte Weise haben sich in dem Kompressor Gase gebildet, die sich entzündeten. Bei der Explosion wurde der Deckel des Kessels durch das Dach des Gebäudes geschleudert und dieses selbst in Brand gesetzt. Ferner wurde infolge des Aufdrückens eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert. Die Reinsdorfer Feuerwehr war alsbald zur Stelle; es wurde nur ein Teil des Daches zerstört. Die später noch eintreffende Jwldauer Feuerwehr beteiligte sich an den Aufräumungsarbeiten. — Brand eines Lastkraftwagens. Donnerstagabend in der 10. Stunde geriet im Schlachthof ein von auswärts gekommener, mit Fleisch beladener Lastkraftwagen beim Nachfüllen von Benzol in Brand. Die durch Feuerwehler herbeigekommene Feuerwehr löschte mit zwei Leitungen den Wagen und die teilweise in Brand geratene Ladung ab. Der Kraftwagenführer hatte sich Brandwunden zugezogen. Er wurde durch die Feuerwehr dem Krankenhause zugeführt.

Witten. Unbesetzte Amtsanweisung. In der Nacht zum Sonntag gegen 1/2 Uhr (also zu reichlich vorgerückter Stunde) erschien in einem Weinstube an der Bahnhofstraße ein kleinerer Trupp junger Burschen. Auf Befragen erklärte der Anführer, daß sie Kontrolle ausüben wollten. Dem sofortigen Eingreifen der Wölner und der Polizei war es zu danken, daß es zu keinen weiteren Zwischenfällen kam und daß die ungeliebten Gäste sich bald wieder entfernten. Auch in zwei anderen Lokalen traten wildernde Kontrollen auf, es ging aber überall ohne ernsthafte Zwischenfälle ab.

Dresden. Eine gewöhnliche Einbrecher- und Diebstahlschwarzerei wurde in den letzten Tagen von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen. Die Einbrecher hatten es hauptsächlich auf Willengrundstücke in Vorstädten abgesehen, in die sie in der Regel durch die eisernen Fensterrahmen, hinter denen die Fenster offen standen, einbrachen. Sie stahlen dabei, was ihnen in die Hände fiel. Ein großer Teil der Diebstahlsbeute konnte den Einbrechern wieder abgenommen und den Geschädigten zurückgegeben werden.

Neues aus aller Welt.

Die Vermählung der Tochter des Reichspräsidenten. Am Sonnabend fand im engen Familienkreise die Hochzeit der einzigen Tochter des Reichspräsidenten, Fräulein Amalie Ebert, mit dem Assessor Dr. Janits, dem Sohne des Inhabers des Schuhgeschäfts Breitpfeifer, statt. Bei der standesamtlichen Trauung fungierten Frau Ebert und der Vater des Bräutigams als Trauzeugen. Sehr eindrucksvoll war die kleine Feier im Hause, bei der Pastor Frank d. v. rauredete hielt. Der Bräutigam ist 28, die Braut 29 Jahre alt.

Deutsche Berechtigtheit. Wie gemeldet, hat der Staatsanwalt gegen die Studenten, die im Februar eine französische Familie zwangen, Jena zu verlassen, ein Verfahren eingeleitet. Die studentische Vertreterschaft von 1911 gibt hierzu folgende Erklärung ab: Es ist zur Tatsache geworden, daß gegen eine Reihe von Jenaer Studenten und Bürgern ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden ist. Die Beschuldigten haben, als die Franzosen eben ins Ruhrgebiet eingebrochen waren, als Wortführer des größten Teils der deutschen Studentenschaft in Jena die beschleunigte Abreise einiger Franzosen beantragt, die seit längerer Zeit in einem der größten Hotels Jenas (Hotel „Zum schwarzen Bären“) ein beschauliches Dasein führten. Den feindseligen Auswanderern ist bei der Aktion nicht ein Haar gekrümmt worden. Die Verbindungen Jenas, farbentragende wie nichtfarbentragende, empfinden es als eine ungebührliche Würdelosigkeit, daß in einer Zeit, in der täglich Deutsche zu Hunderten aus ihrer angestammten Heimat in der rohsten Weise von den Franzosen ausgewiesen werden, in der täglich von den Franzosen gegen Deutsche die gemeinsten Gewalttaten verübt werden, in der das Leben deutscher Staatsbürger im besetzten Gebiet keinen Augenblick sicher ist, die Staatsanwaltschaft über Angehörige dieser selben Nation, die dank ihrer guten Valuta in Deutschland schmugeln, ihre schändlichen Urma hält.

Rückkehr zur Arbeit in Oberschlesien. In Oberschlesien nimmt die Zahl der Arbeitswilligen weiter erheblich zu. Im Bezirk Hindenburg wird in allen Betrieben voll gearbeitet. Nur die Kokereien können wegen Kohlemangel zur Hälfte arbeiten.

Doppelmord durch einen Landstreicher. In Thum bei Braunschweig sind die Landwirte Einstedt und Augustin von einem jungen Burschen, der die Nacht auf einem Heuboden zugebracht hatte, erschossen worden. Als der Landstreicher von den beiden Landwirten am Vormittag auf dem Heuboden entdeckt wurde, zog er ohne weiteres einen Revolver und erschoss nacheinander die Besitzer. Der Doppelmörder ergriff darauf die Flucht.

Räuberei auf Eisenbahnen. In Frankfurt a. M. sind vier Lokomotivführer verhaftet worden, die seit Monaten Eisenbahnüberaubungen in großem Ausmaße ausgeführt hatten. Sie raubten, indem sie mit Nachschlüssel die Koffer in den Gepäckwagen öffneten, das Gepäck der Reisenden. Bei vorgenommenen Durchsuchungen sind allein Duzende von goldenen Uhren gefunden worden, die einen Wert von beinahe einer halben Million darstellten. Eine größere Menge Bargeld wurde noch vorgefunden.

Letzte Drahtnachrichten.

Weitere Schandurteile und Schandtatzen.
P 8 In, 18. Juni. Der Admonischen Zeitung zufolge wurde der Beigeordnete Fennrich, der für den ausgewiesenen Bürgermeister in Wochum die Geschäfte führte, von französischem Kriegsgericht zu 40 Tagen Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er 81 Wohnungen für Beamte der Eisenbahnregie nicht bereitstellen konnte.

W 1 nster, 17. Juni. Auf dem Bahnhof Lünen beschlagnahmten die Franzosen am Sonnabend für die Stadt bestimmte Lebensmittel der Ruhr- und Auslandshilfe. In Dortmund-Langendreier sind französische Eisenbahner mit Familien eingetroffen und haben teils in Schulen, teils in Hotels Quartier genommen. Vom Kriegsgericht in Dattingen wurden verurteilt Amtsgerichtsrat Dr. Reining wegen Befehlsverweigerung zu einem Jahr Gefängnis und 1 Million Geldstrafe und Ausweisung, Justizobersekretär Wurm wegen des gleichen Deliktes zu derselben Strafe.

Arbeitsstilllegung des Phönixwerks.
Düsseldorf, 17. Juni. In den Werken der Phönix-W.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb ist gestern der ganze Betrieb wegen Kohlenmangels stillgelegt worden, wodurch ungefahr 4000 Arbeiter zum Lohnverlust gezwungen sind. Die Direktion hofft, den Betrieb in etwa 8—10 Tagen wieder aufnehmen zu können.

Dampferzusammenstoß.
Hamburg, 17. Juni. Der Bergnähungs-Dampfer Kaiser der Hamburg-Amerika-Linie, der im Seebäderdienst tätig ist und Sonnabendabend von Hamburg nach Helgoland abging, ist bei der Störmlung mit dem von England kommenden, mit Kohlen beladenen Dampfer Welbro zusammengefahren. Kaiser wurde an der Steuerbordseite getroffen und erlitt so schwere Beschädigungen, daß er sofort nach Hamburg zurückkehren mußte. Bei dem Zusammenstoß wurden ein Passagier getötet, vier schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt. Der englische Dampfer, dessen Bug ebenfalls eingedrückt ist, mußte nach Hamburg in Reparatur gehen.

Bankrott.
New York, 17. Juni. (Wagen.) Das betriebsende Bankhaus Knaut, Knob u. Kühne hat die Zahlungen eingestellt.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin 505,50 mit 140 000.

Theaternachrichten. Sonntag, den 24. Juni: Neues Stadttheater: 5 1/2 Westertinger von Nürnberg, Altes Stadttheater: 8 Musik, 7 Die große Seidenstraße, Centraltheater: 8 1/2 Walzertraum, Neues Theater: 8 Bobby, 9 Die Waise (Vorausbestellung von Karten empfiehlt sich.)

Bauschule Glauchau

Hochbau.	Tiefbau.	Eisenbetonbau.
Bestimmungen gegen Fremde durch Direktor.		

Gensige tun kann, so ist die Sach' im reinen und werblich ein bescheldener Ritter werden. Denn ich bin in Fesseln der Minne und kann mich fortan nichts von meinen Schließern bringen.

So ihr mir nun am zweiten Tag von Heu' an nicht antwortet, glaub' ich wohl, ihr wart meines Antrages zufrieden, und will mich aufmachen, um das Geschenk in Empfang zu nehmen. An St. Andreastag.

Eppelein.

„Wie die im Rat das gelesen, dachten sie keineswegs, es sei dem Eppelein ernst mit dem Frieden, sondern er wolle sie nur verhöhnen, und gaben darauf keine Antwort. Wegen des Geschenkes aber ließen sie ihm sagen: Nicht einen Spägen schenken sie ihm.“

Nun entrannte Eppelein in großem Born. Er schickte den Bauern noch einmal hin und ließ ihnen sagen: „Ihr gebt mir keinen Spägen, also will ich Singvögel! Das sollt ihr seiner Zeit sehen!“

Das verstand keiner, sondern hielt es jeder nur für eine Drohung auf spätere Zeit hinaus.

Drei Tage später aber um die Vesperzeit ritt einer in die Stadt hinein, hinter einem Karren davor, wie zum Schutz, und kam bis zum Schmied an der Irrenast. Da hielt er an und sagte: „Schmied, beschlag' mir mein Hof und mach' ihm vier gute Hufe Hnauf. Ich will dir's wohl zahlen.“

Da beschloß der Schmied des Reiters Hof, und als er fertig war, gab ihm seiner zehn Goldgulden. Da rief der Schmied voll Bewunderung: „Et, hab' ich noch mein Recht nicht gleich erfahren. Das ist zu viel, und war's Eppeleins Hof!“

„Sei nur zufrieden,“ sagte der andere, „und behalt'! Was brauch' ich viel reden von der War? Ich hab' gute Botenschaft bei mir, da sollen's deine ahnbigen Herren wohl erkennen!“ Zugleich ritt er gemach fort bis zum großen Wechselhaus, wo der Nürnbergers silbernes Vogelhaus hing. Dort hielt er an, böhren Volks genug, daher kam, rih das Kleinod, darin viel kostbares Geschmeide lag. Hinweg, schlug mit dem Streithammer

das große Fenster zu Trümmern und rief lachend hinein: „Guten Abend, ihr Herren. Kennt ihr mich? Ich bin der Eppelein! Bringt dem Rat meinen Gruß und meine Lieb' der Kaufherrnschaft! Den Spägen gäntzen sie mir nicht, also will ich Wort halten mit den Singvögeln! Hei, wie die sein pfeifen! Hört ihr sie? Und das Vogelhaus hab' ich auch dazu!“ Er hob seinen Raub in die Höhe und schüttelte das Geschmeide drin, daß es klarr.

„Wie Dank, das ist der Nürnbergers Brautgeschenk!“ rief er dann, gerade auf die Menge los sprangte er mitten hindurch, dann seiner Wege fort, das Vogelhaus unterm Mantel und hinaus zur Stadt.

Alles rannte und schrie, der Rat ließ trompeten, daß es ein Braus war, und was sich fand an Reisigen. Sprangte nach, der Rat und die Wechsler ballten die Häufte und zerrauten sich fast die Haare. Aber Eppelein war fort und das Vogelhaus auch.

Da nun Eppelein nach Hause kam, traf er Wolf von Wurmstein mit seiner Schwester, die erwartete ihn. Er aber sagte: „Das ist das Freundesgeschenk, schönes Fräulein. Wir sind in trefflichem Frieden, ich und die zu Nürnberg, und was ich nicht schon hab', das will ich ihnen alles lassen! Hab' ich nun mein Wort gelöst, und seid ihr noch heute zu Hof mit Eurer Lieb' daß ihr mein Ehgemahl werdet?“

Nun lachte Fräulein Kunitgunde und antwortete: „Wie schön die Sonne zur Nachtzeit, als daß ihr das Vogelhaus auf friedlichem Weg gewonnen habt!“

Da erzählte Eppelein, wie er's angestellt. Das Fräulein aber sagte: „Ihr seht' ich wohl, daß ihr ein rechter Schelm seid und von den Wenteuern nicht abläßt. Denn hört: ich liebe das alles gar wohl, hoffe was ihr sagt, und hätte ich mir nachgegeben, wär' Euch meine Hand nie zu Teil geworden!“ War also Sach' mit der Lieb' im reinen und in kurzem der Hochzeitstag gekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Der russisch-englische Gegenjah im Orient.

In des hochvertrauensvollen Berliner russischen Zeitung "Kadmos" ist ein interessantes Gespräch veröffentlicht, das einer der Mitarbeiter der genannten Zeitung mit Sabowski, dem Vertreter des russischen Telegraphenagenten in Berlin geführt hat. Herr Sabowski ist für kurze Zeit in Berlin eingetroffen. Besonders interessant sind die Ausführungen Sabowskis über die englische Politik in Persien. Der Vertreter der russischen Telegraphen-Agentur beschuldigt die Engländer, den persischen Markt mit minderwertigen Waren überflutet zu haben. Nach seiner Angabe geht England in Persien auf die Scharte gegen diejenigen persischen Kaufleute, die an den Märkten in Baku und Rissch-Nowgorod teilgenommen haben. Es ist bezeichnend, daß alle persischen Kaufleute, die sich an den russischen Messen beteiligen, von der englischen Bank in Persien schikaniert werden und die erwähnte Bank ihnen den Kredit vollkommen entzogen hat. Sabowski erwähnt ferner, daß die englische Bank in Persien direkt Wucherzinsen erhebt und dadurch das gesamte Wirtschaftslieben auf schwerste schädigt. Die Bank und alle ihre Filialen pressen aus dem persischen Lande die Silberwale heraus und fertigen sie in großen Mengen von Zeit zu Zeit nach Indien ab, wo die persischen Silbermünzen umgeschmolzen werden. Die englische Bank hat es verstanden, sich das Emittentenrecht zu verschaffen. Kein Mensch weiß, wie groß die Beträge sind, die von den genannten Banken in Papiergeld emittiert worden sind, doch behaupten einige persische Zeitungen, daß sich diese Summe nur durch Riesengeldern wiedergeben läßt. Nach den Angaben persischer Zeitungen sind während der letzten zwei Jahre mindestens 50 Millionen persische Silbertran aus Persien nach Indien ausgeführt worden, aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Summe aber größer. Auch die Tätigkeit der englischen Süd-Waphta-Gesellschaft wird von Sabowski aufs schärfste kritisiert. Er behauptet, daß diese Gesellschaft die persische Volkswirtschaft aufs schwerste schädigt. Die Gesellschaft nutzt in unerhörter Weise die finanzielle Abhängigkeit der persischen Regierung aus, die von Zeit zu Zeit aus Geldmangel genötigt ist, Darlehen von der genannten Gesellschaft zu nehmen. Jedemal, wenn die Gesellschaft der persischen Regierung Zahlungen leistet, auf Grund der Verschuldung finkt das Pfund Sterling von 60 auf 50 Silbertran und mitunter sogar auf 45 Silbertran. Sobald aber die persische Regierung die Rückzahlung erlangen will, so steigt das englische Pfund sofort im Preise.

Sabowski weist ferner darauf hin, daß mit dem Jahre 1923 die englische Politik in Persien eine Niederlage nach der anderen erlitten hat. Ende Januar wurde in Persien das england-freundliche Kabinett gestürzt und an seine Stelle trat das Kabinett von Mustapha el Wemalet, der ein ausgesprochen Gegner Englands und ein ebenso überzeugter Freund Sowjetrußlands ist. In ganz Persien macht sich seit jener Zeit eine ausgesprochen englandfeindliche Stimmung bemerkbar. So verlangt bereits die persische Kaufmannschaft energische Maßnahmen gegen die verwerfliche Ausfuhr von persischer Silberwale durch die Engländer. Das neue persische Kabinett hat diese Forderungen erfüllt und ein entsprechendes Gesetz erlassen. Es ist verständlich, daß die Engländer hierüber sehr unglücklich sind. Das neue persische Kabinett arbeitet rastlos an dem wirtschaftlichen Aufstieg des Landes, die Armee und das Gerichtswesen werden reformiert, die von den Engländern angeleitete Aufstände einzelner Stämme werden rücksichtslos unterdrückt. Auch in den übrigen Ländern des Orients geht es den Engländern schlecht. In Kurdistan geht der Scheich Mahmud auf die Seite der Türken über und zwar gerade zu der Zeit, wo die türkischen und englischen Truppen um den Besitz von Mossul kämpfen. Das war ein

schwerer Schlag für England, das im Herbst 1922 diesen Scheich Mahmud selbst auf den Thron gesetzt hatte. In Mesopotamien wurde auch das englandfreundliche Kabinett gestürzt und der von England eingesetzte König war nicht imstande, amtsfähig des allgemeinen Wohlwills der Bevölkerung den verhängten Vertrag, den England vorgeschrieben hatte, ratifizieren zu lassen. Die ganze mohammedanische Welt ist nach Sabowskis Angaben von einem glühenden Haß gegen England erfüllt. Die englische Orientpolitik steht nach den Angaben des genannten Persen vor einem fürchterlichen Crash und dadurch erklärt sich auch einzig und allein der Haß Englands gegen Sowjetrußland.

Der Kampf um den Welfenfonds.

Am Dienstag wird das Reichsgericht einen Prozess zwischen dem braunschweigischen Herzoghaus und dem preussischen Staat zu entscheiden haben, in dessen Mittelpunkt der berühmte Welfenfonds steht. Nach dem Kriege von 1866, des das Ende des Königreiches Hannover mit sich brachte, erklärte sich Preußen bereit, dem Erbprinzen Georg von Hannover als Entschädigung für verlorene Werte aus Grundbesitz und Gütern die Summe von 44 Millionen Mark in Dalern zu bezahlen. Da jedoch die Gefahr bestand, daß der Herzog diese Summe zu Propagandazwecken für die Wiederaufrichtung des Königreiches Hannover gebrauchen könnte, beschloß der preussische Staat diese Summe zurück und bezahlte dem König nur die Zinsen aus. Bald darauf mußte aber auch diese Zinszahlung zurückbehalten und beschlagnahmt werden, weil die preussische Regierung von angeblühenden Unternehmungen des Erbprinzen auf Restitution des Welfenstaates benachrichtigt worden war. Es kam dann im Jahre 1867 zu einem Vertrag zwischen dem Welfenhaus und der preussischen Regierung, nach dem die Zinsen grundsätzlich dem Könige zufallen sollten. Jedoch sollte der preussische Staat jeweils eine Summe von 800 000 Mark zurückbehalten, die dem Unterhalt des Schlosses Herrenhausen dienen sollte. Dieses Schloß war dem Erbprinzen zwar verbleiben, aber beschlagnahmt worden. Es enthält heute noch weltberühmte Gewächshäuser, die außerordentlich hohe Unterhaltungskosten verschlingen. Da dem preussischen Staat die Verwaltung dieses Schlosses obliegt und die Gewächshäuser nicht verlassen sollen, wurde dieses Abkommen getroffen. Es ist dann später im Jahre 1891 durch den preussischen Minister Miquel mit den Cumberlandern erneuert worden. Mit der dauernden Entwertung der deutschen Mark, die im Jahre 1918 einsetzte, sind die Unterhaltungskosten für das Schloß Herrenhausen und seine Gewächshäuser so gestiegen, daß die Summe von 800 000 Mark bei weitem nicht mehr ausreicht, um die Unterhaltungskosten zu decken. Infolgedessen hat der preussische Staat auf Antrag des Oberpräsidenten von Hannover die ganzen Zinsen aus dem Welfenfonds zurückbehalten, um auf diese Weise die Ausgaben für das Schloß bestreiten zu können. Das Herzoghaus Braunschweig-Büneburg, vertreten durch den Herzog von Cumberland und den Herzog Ernst August von Braunschweig, Schwiegerohn des früheren Kaisers, steht nun auf dem Standpunkt, es sei damals im Jahre 1867 eine bindende Abmachung zwischen dem Erbprinzen Georg und dem preussischen Staat getroffen worden, nach der aus der festgesetzten Summe von 800 000 Mark der gesamte Bedarf des Schlosses Herrenhausen gedeckt werden müsse. Uebersteigen die augenblicklichen Kosten diese Summe,

so müsse der preussische Staat den Überbetrag abzurufen und seine Kosten bezahlen. Demgegenüber ist die Auffassung der preussischen Regierung, daß der ehemalige Herzog auf Grund einer Vollstreckungsmaßnahme, die durch die Beschlagnahme des Schlosses bewirkt sei, beschlagnahmt wurde, und dem preussischen Staat leistet hieraus eine Ungültigkeit des Abkommens überhaupt ab. Ferner macht die preussische Regierung noch geltend, daß das Verhältnis zwischen dem Erbprinzen Georg und dem preussischen Staat das des Untertanen zu seinem Vorgesetzten gewesen sei und daß die in Frage kommenden Abkommen deshalb lediglich als Verwaltungsmaßnahmen angesehen werden könnten. Da die der Beschlagnahme nichtfalls ausgeschlossen sei.

In der Sitzung des Reichsgerichts am Montag wurde dem Staat verurteilt, der Vermögensverwaltung des früheren Herrscherhauses ein Bestandsverzeichnis der zum ehemaligen Hofstaat gehörigen Mobilien vorzulegen und über die seit der Revolution aus den Schatzkammern entnommenen Gegenstände Auskunft zu erteilen.

Gerichtsjaal.

Vom Röhnpfand. In der letzten Verhandlung gegen den Bettelkönig Röhn erklärte dessen Verteidiger, es sei jetzt an der Zeit, das Geheimnis des Bettens von Röhn und seines Vertrauens in seine Betttätigkeit zu lüften. Röhn stehe auf dem Standpunkte, daß es keiner Verbindung mit Trainern und Jockeys bedürfte, um zu gewinnen. Er habe im Gefängnis die Probe auf das Exempel gemacht und vom Dezember 1921 bis zum Dezember 1922 Betten vorgenommen. Er habe unter Kontrolle von zwei Gefängnisbeamten, die noch als Junge aufreten würden, jedesmal vorher die Betten in ein Buch eingetragen. Indem er mit 10 000 Mark Anfangsbeitrag diese Betten ein Jahr lang durchführte, habe er, trotz mancher Verluste, mit einem Gewinn von 850 000 Mark geendet. Röhn selber führte dann unter anderem aus: Als die Einschalter aus Dresden nach Berlin kamen und ihr Geld zurückerlangten, seien sie ihm wie die Hunde nachgelaufen und er habe ihnen auf der Rennbahn gute Tips gegeben, so daß sie mit biden Banknotenpaketen nach Hause fahren konnten. Sie hätten ihm dabei erklärt, sie verzichteten auf das eingekaufte Geld. Ein Mann mit solchen Verbindungen sei ihnen wertvoller als dieses. Röhn erklärte weiter, daß seine Geschäfte durchaus gesund gewesen seien. Bei seiner Verhaftung habe er ein Vermögen von 18 1/2 Milliarden besessen. Als darauf die anwesenden Zuhörer in Gelächter ausbrachen, verbesserte sich Röhn schnell und sagte, 18 1/2 Millionen, was erneute Heiterkeit auslöste.

Kunst und Wissenschaft.

Berufung. Der außerordentliche Professor für allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie an der Universität Leipzig, Dr. med. Paul Huchsmann hat einen Ruf als ordentlicher Professor an die Akademie für praktische Medizin in Düsseldorf erhalten.

Die erste Leipziger Dozentin. Zum Zwecke ihrer Habilitation in der philologisch-historischen Abteilung der Leipziger Philosophischen Fakultät hielt Fräulein Dr. phil. Charlotte Krause am Sonnabend ihre Probevorlesung. Das Thema lautete: „Suryanati, Königin von Kaschmir“.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft m. b. H. Aue.

Apollo-Lichtspiele Aue
Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstraße 17. Fernr.: 768.

Montag und Donnerstag Programmwechsel.

Ab heute Montag bis Mittwoch, 18. — 20. Juni:
Geheimbund - Sklaven.
— Zweiter Teil: —
Die Macht der Verschworenen.
Ein mysteriöses Filmschauspiel in 6 Akten.
(Schluß der Episode.)

**Die Liebes-Abenteuer
der schönen Eveline.**
Sensations-Schauspiel in 6 Akten
aus der Lee Perry-Serie.

Täglich Anfang 6 Uhr, letzte Vorst. gegen 9/9 Uhr.
Montags und Donnerstag Programmwechsel.

Am dem Mangel an Einlagpapier
im Kleiderauf etwas abzuhelfen, haben wir uns
entschlossen, einen Vorrat

weißes Druckpapier
in Bogen von ungefähr 75x85 cm
zu einem Vorzugspreis von 2500 Mf. per Kilo
abzugeben. Die Abgabe kann aber nur in Mengen
von 25 Kilo ab erfolgen.

Geschäftsstelle des Auer Tageblattes.

**National-Registriertassen aller
Art.**
mit Angabe der beiden Herrn. kauft
W. Stegner, Delitzsch i. Gröden.

Patentbüro Theuerkorn
Fernsprecher 762. Zwickau i. Sa. Georgenplatz.

ARGYROTEKT
(das Silberdach)
die teerfreie
Dach- u. Isolierpappe
ist die vollkommenste und dabei
billigste

Dauer-Bedachung
ARGYROTEKT
Dach- u. Isolierpappen-Gesellschaft
m. b. H.
Fabrik: Zschopau i. Sa.
Telegr.-Adr.: Argyrotekt. Tel.: Zschopau Nr. 8

la Werkzeugstahl
S. M. Stahl, sauber geschmiedet, für alle Zwecke,
ab unbesetztem Werk prompt lieferbar.
Alfred Enge, Grimmitschau i. Sa.

Landhaus
mit großem Garten, schön gelegen, evtl. mit
Stallgebäude bei Barauszahlung zu kaufen
g e s u c h t.

Ausführliche Angebote, wieviel Räume, Preis u. Bild
unter D. O. 4753 an Rudolf W. Zsch. Dresden.

Wir suchen zum baldigen Eintritt für unser Büro
eins im Rechnen bewanderte

jüngere Hilfskraft.
Volksfürsorge Aue
Ernst-Papst-Str. 23, I.

Wir suchen möglichst zu sofortigem Eintritt einen

kräftig. Laufburschen.
Konstantin Neudauer, G. m. b. H.,
Aue, Ernst-Papst-Str. 19.

**Erstklassige
Vertretungen**
in Alpaca - Bestecken
u. Emaillewaren etc.
g e s u c h t.

Angebote unter B.-Aires No. 4085 an
Rudolf Mosse, München.

Für den Nachweis von
gebrauchten
**Lokomobilen
Dampfkesseln
Dieselmotoren
Windturbinen
Sägereimaschinen
Textilmaschinen
Ziegeleimaschinen
Mühleneinrichtungen
Feldbahngleisen**
zahlt hohe Provision
J. Carl Suhr
G. m. b. H.
Hamburg 13, Rantzaustr. 6.

**Altmaterial
kaufen**
G. Cohn & Co.
Dresden-Friedr.
Beratpr. 12345, 12909 u. 13043.

Gebrauchte
**Pianos, Flügel,
Tafelklaviere**
kauft
R. Schröder, Zwickau.

**Spurlos
verschwunden**
und alle Hautkrankheiten und
Hautausschläge, wie Scharlach,
Mikrosar um durch täglichen Ge-
brauch der selben

**Steckenpferd-
Teerschwefel-Seife**
von Bergmann & Co., Radebeul
Zu hab. i. d. Apoth., Droge u. Parfüm.

Drogerie Erier & Co. Nachf.
Central-Drogerie Curt Simon.
Gust. Otto, Seilengesch., Markt.

Zöpfe
empf. in großer Auswahl
Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

**Ein Sportwagen
und eine Zither**
zu verkaufen.
Erdmann-Richels-Weg 1.

Eine gut erhaltene
Hand-Säulenwindelpresse
von ca. 60 mm Spindelstärke
zu kaufen gesucht.
Angebote unter B. 474 an
Rudolf Mosse, Dresden.

Auf der Watterwiese wurde
am Freitag von einer Schülerin
eine **graue Jacke** (Weste)
verloren gelassen. Wer ebrl. Fund
wird gebeten, selbige geg. Be-
lohn. Auerhammer 13 abzugeben.

**Gebüts
Auswanderinnen**
gesucht. Schwabengasse
Straße 25, p. l.

Rüppelshülen,
die noch in hohen Hüppeln
wollen, werden gebeten, ihre
Weste aufzugeben unter
Nennung der Stundenzahl an
Robert Baasch, Ham-
burg 22, Hamburgstr. 18.